

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 43

Vorwort: Guineas Erfahrung : Lüge zugegeben

Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Beiträge zur Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Diktatur

4. Jahrgang, Nr. 43

BERN, 30. Oktober 1963

Erscheint wöchentlich

Unsere Meinung

Guineas Erfahrung

Fünf Jahre Erfahrung mit Planwirtschaft und staatlichem Dirigismus haben Guinea dazu gebracht, sich wieder einer freiheitlicheren Wirtschaftsgestaltung zuzuwenden. Staatspräsident Sékou Touré hat am 9. Oktober eine Verfügung erlassen, die den Weg zur Einschränkung der Staatsmonopole und zur konkurrenzfähigen Wiedereingliederung der Privatunternehmungen weist. Der Schritt ist von grosser Wichtigkeit, gesteht er doch die schlechte Anwendbarkeit des kommunistischen Staats- und Wirtschaftsgedankens in den Entwicklungsländern ein. Und auffälligerweise hat in den gleichen Tagen auch der andere planwirtschaftliche Staat Schwarzafrikas, Ghana, erhebliche Liberalisierungen eingeführt, die unter anderm eine Erleichterung der Investitionspflicht ausländischer Firmen im Lande bringen. In beiden Fällen handelt es sich um Staaten, die in den fünf bis sechs Jahren (Ghana) ihrer Unabhängigkeit jede Absicht bezeugten, den «sozialistischen Aufbau» durchzuführen und sich vornehmlich an den Ostblock anzulehnen. Ihr Weg könnte für gewisse nordafrikanische Staaten — zu denken ist dabei vor allem an Algerien — eine Lehre sein. Guinea erklärte sich am 2. Oktober 1958 unabhängig, nachdem es zuvor als einziges Land der ehemaligen französischen Territorien den Eintritt in die «Communauté» abgelehnt hatte. Sékou Touré, unter anderm in Prag geschult, machte sich mit massiver Hilfe der kommunistischen Länder daran, ein autoritatives Regime einzuführen, das folgende Merkmale aufwies: Einparteiensystem, Planwirtschaft, Nationalisierung, Staatsmonopol im Binnen- und Außenhandel, durchgehende Staatskontrolle, Zusammenarbeit mit dem Ostblock.



Sékou Touré

Unterdessen zeigte sich, dass sich die Schwierigkeiten der gesamten Staats- und Wirtschaftsverwaltung häuften. Sékou Touré nahm diesbezüglich übrigens kein Blatt vor den Mund (siehe KB Nr. 37, S. 5: «Alle Direktoren einsperren»), ohne aber bis zu diesem Herbst noch dem System die Schuld zu geben.

Jetzt aber ist eine Schwenkung erfolgt. Die Verfügung vom 9. Oktober umfasst folgende einschneidende Änderungen: Verstaatlichte Geschäfte werden ab 1. November wieder dem Privatbesitz zugeführt; Lizenzen für Ein- und Ausfuhr werden außer den staatlichen Stellen auch Privatpersonen erteilt; staatliche Unternehmungen sollen allmählich neugegründeten Privatgesellschaften der entsprechenden Branchen Platz machen; der Transport wird zum Teil dem Privatsektor überwiesen; Anleihen werden auch Privatunternehmungen und sozialen Genossenschaften gewährt.

Natürlich bedeutet das nicht, dass Guinea ab sofort mit dem Ostblock verfeindet wäre oder eine Demokratie in unserem Sinne würde. Aber es bedeutet, dass ein Staat mit erklärter Freundschaft zum Ostblock von dessen Beispiel abgerückt ist, und es bedeutet, dass ein Staat mit erklärtem Willen zur Planwirtschaft deren Unwirtschaftlichkeit eingesehen hat. «Expérience Guinéenne et Unité Africaine», wie ein 1961 erschienenes Buch Sékou Tourés lautet, hat sich tatsächlich zu einem schlüssigen Beispiel entwickelt.

Unser Kommentar

Lüge zugegeben

Die Sowjetunion gibt heute in aller Selbstverständlichkeit die Falschheit einer Beschuldigung gegen den Westen zu, die bis dahin nie zurückgenommen worden war.

In einer «Iwestija»-Beilage wurde vor einiger Zeit der Coloradoäfer behandelt. Bei dieser Gelegenheit wird daran erinnert, wie dieser Kartoffelschädling sich in Europa ausbreitete und auch in die Sowjetunion Eingang fand. Der Artikel erwähnt dies als eine Folge der Kriegswirren.

Nun aber hatte Moskau in den fünfziger Jahren in einer gewaltigen Kampagne die Vereinigten Staaten beschuldigt, Osteuropa systematisch mit diesem Schädling verseucht zu haben. Die Sowjetregierung überreichte damals den USA sogar eine formelle Protesterklärung, weil amerikanische Flugzeuge «große Mengen von Coloradokäfern, gefährlichen Schädlingen für Kartoffelkulturen, über zahlreiche Gebiete Osteuropas abgeworfen» hätten. Das angebliche Unternehmen wurde als «bewusst und verbrecherisch» geschildert. Washington wies die Anklage als lächerlich

IN DIESER NUMMER:

- Mehr Dung in der UdSSR (2)
Zwischenfall am Bosporus (3)
Neue alte SBZ-Regierung (4)
Beilage: Der Fall Staschynskij (I)

zurück, was aber ihre weitere Verwendung durch die kommunistische Propaganda keineswegs verhindert. Erst das sowjetische Regierungsorgan hat jetzt — ganz beiläufig — den läufighaften Charakter der ganzen Kampagne indirekt zu erkennen gegeben.

Eine Kleinigkeit? Nun, es ist ein kleiner, aber sehr aufschlussreicher Beleg für die bewusste, detaillierte Lüge, der sich der Kommunismus im Umgang mit seinen Gegnern nach Belieben bedient. Dieser Vorfall lässt sich nicht dadurch erklären, dass man etwa von der andersarteten kommunistischen Sicht der Dinge spricht, die man im Westen oft so grosszügig gelten lässt. Da waren konkrete Angaben mit konkreten Beschuldigungen, die weder auf Missverständnisse zurückzuführen sind, noch auf Irrtum oder auf unterschiedlicher Beurteilung eines Geschehens. Es kann sich nur um eine glatte Erfindung mit dem ausschliesslichen Zweck der bewussten Irreführung handeln. Und das erscheint als Kampfmittel so selbstverständlich, dass die Richtigstellung in unbesorgter Beiläufigkeit erfolgen kann, wenn das Thema nicht mehr aktuell ist.

Dabei handelt es sich um einen jener Fälle, wo die Unwahrheit der Darstellung sich aus dem Widerspruch zu einer andern kommunistischen Darstellung ergibt.

Aber: Noch immer im Umlauf ist die Darstellung vom amerikanischen «Bakterienkrieg» gegen Korea. Noch immer im Umlauf sind die «Dokumente» der Cento, in denen Aggressionspläne des Westens «aufgedeckt» wurden. Noch immer in Umlauf sind «britische Geheimdokumente» zur Verstärkung des Neokolonialismus in Afrika.

Und wie werden solche Propaganda-Veröffentlichungen im Westen behandelt? Oft genug nach dem Prinzip «Wo Rauch ist, da muss auch Feuer sein». Das heisst, man nimmt die kommunistische Darlegung nicht gerade für bare Münze, aber auch die Dementis dazu nicht. «Irgendetwas wird ja schon gegangen sein» und «Die Wahrheit wird ja in der Mitte sein». Die Lüge aber ist nie in der Mitte.

Christa Brügger